

## ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR SLAWISTIK (ÖGSI)

Vorsitz: Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Deutschmann  
Fachbereich Slawistik an der Paris-Lodron-Universität Salzburg  
Erzabt-Klotz-Straße 1  
Tel: +43 662 8044-4502, Fax: +43 662 8044-160  
peter.deutschmann@sbg.ac.at  
<http://www.slawistik.at/>

Betreff: Protestnote gegen die geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen an den Slawistikinstituten in Graz und Klagenfurt

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Als Vorsitzender der Österreichischen Gesellschaft für Slawistik (ÖGSI) wende ich mich an Sie mit dem Hinweis auf eine Angelegenheit, die zeigt, wie kurzsichtig mitunter Maßnahmen sind, die sich als Reform oder Innovation präsentieren.

Die ÖGSI, ein eingetragener Verein zur Förderung und Interessensvertretung universitärer Forschung, Lehre und Öffentlichkeitsarbeit für den Bereich slawischer Sprachen und Kulturen, hat bei seiner letzten Generalversammlung am 16. November in Innsbruck länger über die geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen an den Standorten Graz und Klagenfurt diskutiert. An diesen sollen im Zusammenhang mit bald bevorstehenden Pensionierungen verdienter Kolleginnen und Kollegen Maßnahmen umgesetzt werden, die vielleicht den in so mancher Hinsicht fragwürdigen Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung Folge leisten, aber wenig durchdacht und sogar kontraproduktiv erscheinen: Die beiden Universitäten sollen ein gemeinsames Masterstudium Slawistik erarbeiten und anbieten, aus zwei Professorinnenstellen im Bereich Slawische Literatur- und Kulturwissenschaft mit dem Schwerpunkt Russisch und Bosnisch/Kroatisch/Serbisch soll nach Pensionierung der derzeitigen Professorinnen Hansen-Kokoruš (Graz) und Hesse (Klagenfurt) offenbar nur eine gemeinsame Stelle nachbesetzt werden, die an beiden Standorten beide (!) Fächer vertreten soll. Die Rektorate sollen offenbar Pläne umsetzen, die bereits 2017 vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung im Zusammenhang mit dem Strukturplan „Zukunft Hochschule“ ausgegeben wurden. Wohl handelt es sich bei den Maßnahmen um die sogenannten „Synergieeffekte“, die in der im Oktober 2017 veröffentlichten Broschüre des BmWFW über Geisteswissenschaften, Sozialwissenschaften, Kulturwissenschaften als „Beitrag zur strategischen Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen“ ausgegeben werden. Derlei Synergieeffekte sind leider nicht mehr als ein Euphemismus für Kürzungen an bestimmten Standorten.

Wie die beiden Maßnahmen für die Slawistik-Institute in Graz und Klagenfurt konkret umgesetzt werden können, ist derzeit noch völlig vage. Man braucht aber nur kurz überlegen, um zum Schluss zu kommen, dass die Umsetzung einer solchen Maßnahme ein Slawistik-Studium an diesen beiden Standorten nur wenig attraktiv machen wird: Sowohl Studierenden wie der/dem Professor/in wird eine erhöhte Mobilität abverlangt, das Pendeln zwischen zwei Standorten ist zeit- und kräfteraubend und erschwert die für die universitäre Lehre und Selbstverwaltung so wichtige persönliche Kommunikation.

Diese Umstrukturierung wird mit einer zu gering erscheinenden Nachfrage nach dem Studium der Slawistik begründet. Sie trägt nun aber nicht zur Stärkung der Standorte und zur Anhebung von Studierendenzahlen bei, sondern gießt Öl ins Feuer, weil weder Graz noch Klagenfurt dadurch an Attraktivität gewinnen können. Man kann sich dadurch zwar die Kosten für die Nachbesetzung einer ProfessorInnenstelle ersparen, dass aber der Mehraufwand, der für die Mobilität von Studierenden und Lehrpersonen erforderlich ist, gewiss kostspielig ist, sollte dabei schon auch bedacht werden.

Besonders folgenschwer erscheint weiters die – wohl von höherer Stelle initiierte – Überlegung, die ebenfalls durch Pensionierung endende linguistische Dozentur für Russistik in Graz nicht durch eine Nachwuchskraft – idealerweise Postdoc – zu besetzen. Eine Slawistik, an der Russisch personell

nicht gut genug vertreten ist, beachtet die größte slawische Sprache nicht und begibt sich langfristig der Möglichkeit, den prominentesten Faktor für die Entwicklung Osteuropas adäquat in Lehre und Forschung zu berücksichtigen.

Diese drei Maßnahmen als kostengünstige Innovation in die Zukunft universitärer Bildung zu präsentieren, muss gleich unter mehreren Aspekten in Frage gestellt werden: In diesen Tagen wurde etwa der Öffentlichkeit verkündet, dass an den Universitäten Wien und Linz die stolze Zahl von 60 (in Worten: sechzig!) neuen Professuren ausgeschrieben werden soll. Hier scheinen die Aufwendungen für die Ausstattungen neuer Professuren also weniger eine Rolle zu spielen als im Süden Österreichs, wo man unbedingt eine Professur streichen möchte. Die ÖGSI möchte auch noch auf den befremdlichen Umstand hinweisen, dass man gerade im Bereich der Ausbildung in slawischen Sprachen und Kulturen den Sparstift ansetzt, aber nicht etwa daran denkt, dass Österreich in Geschichte und Gegenwart ein wichtiger Vermittler zu Osteuropa war und ist. Davon zeugen nicht zuletzt auch die Erfolge österreichischer Unternehmen im ost- und südosteuropäischen Raum. Dass für die vielfältigen Aktivitäten fundierte Kenntnisse in slawischen Sprachen und Kulturen mehr als nützlich sind, wissen alle Akteure. Eine zukunftsorientierte Hochschulpolitik darf sich nicht damit begnügen, mit Scheuklappen allein auf Studierendenstatistiken zu blicken. Studienrichtungen mit höheren Studierendenzahlen werden üblicherweise nicht durch derlei Sparmaßnahmen empfindlich in ihrem Bestand getroffen, weil deren Relevanz allein schon durch die höheren Studierendenzahlen fraglos erscheint.

Die Österreichische Gesellschaft für Slawistik ist der Auffassung, dass es weitaus klüger wäre, die aufgrund der Pensionierungen möglichen Umstrukturierungsmaßnahmen unter Einbeziehung aller Beteiligten zu führen, damit eine gute und für alle Beteiligten zukunftsweisende Reform zustande kommt, die etwas mehr planerische Substanz hat als die Streichung von Stellen und die unsinnige „Inlandsmobilität“ von Studierenden.

Die Kolleginnen und Kollegen an den Standorten Graz und Klagenfurt sind gewiss dazu bereit, Neues auszuprobieren, wenn dabei gute Chancen auf Zukunft bestehen. Derzeit ist dies leider überhaupt nicht der Fall. Auf diese ärgerlichen Umstände möchten wir Sie nicht allein hinweisen, sondern Sie gleichzeitig auch höflich darum bitten, das Ihnen Mögliche zu tun, um die geplanten Maßnahmen zu verhindern und notwendige Veränderungen auf einen besseren Kurs zu bringen.

Hochachtungsvoll

(Vorsitzender der ÖGSI)